

4/89 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Helmut Kohl und Eberhard Diepgen:

## Eine bittere Wahlniederlage

Nach einer eingehenden Aussprache im Präsidium und im Bundesvorstand über das Wahlergebnis in Berlin stellten sich der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, und der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, der Presse. Helmut Kohl: Dies ist eine bittere Wahlniederlage für uns, die uns zwingt, sehr, sehr sorgfältig zu analysieren und aus den Ergebnissen dieser Analyse Perspektiven für die Zukunft zu gewinnen. Eberhard Diepgen bestätigte den Bundeskanzler:

Ich kann das nur von meiner Seite aus noch einmal wiederholen: Es war, es ist eine bittere Niederlage, die die Berliner Union erlitten hat. Es ist eine Niederlage, die wahrscheinlich alle Berliner Wähler unvorbereitet getroffen hat. Es wird jetzt sicherlich möglich sein, eine Fülle von Begründungen zu suchen für die Ergebnisse, es wird Spekulationen geben, und ich habe das eine oder andere darüber auch schon gelesen.

Richtig ist mit Sicherheit, daß zusätzliche Themen, eine Reihe von kommunalpolitischen Themen, verbunden mit Ängsten in der Bevölkerung, mit Ängsten auch vor Zuwanderung aus Ost und West nach Berlin, zu diesem Ergebnis geführt haben, und festzuhalten ist, daß wir unsere Sensibilität verstärken müssen, um Entwicklungen, auch kurzfristige Entwicklungen, für die Politik der Union rechtzeitig nutzbar machen zu können.

### HEUTE AKTUELL

- **Eberhard Diepgen**  
Wir tragen in Berlin Verantwortung. Seite 2
- **Helmut Kohl**  
Wir müssen die notwendige Überzeugungsarbeit leisten. Seite 3
- **Berlin**  
Die Wahl am 29. Januar: Vorläufiges amtliches Endergebnis. Seite 5
- **Familie**  
Bundesstiftung „Mutter und Kind“: NRW sabotiert die Hilfe. Seite 11
- **Bundestag**  
Rita Süßmuth: Das Parlament ist eine offene Werkstatt der Demokratie. Seite 15
- **Europa**  
Mit Sozialer Marktwirtschaft den europäischen Binnenmarkt vollenden. Seite 16
- **Dokumentation**  
Deutschland liegt gut im Rennen — Halzeitbilanz der Regierung Helmut Kohl. Grüner Teil

# Eberhard Diepgen: Wir tragen in Berlin Verantwortung

**Wie soll es in Berlin nun weitergehen? Zu dieser Frage haben politische Beobachter und Kommentatoren schon am Wahlabend spekuliert. Eberhard Diepgen:**

Die Berliner Union steht jetzt vor einer neuen Herausforderung. Sie ist stärkste politische Kraft in Berlin, trotz dieser bitteren Niederlage. Das bedeutet eine besondere Verantwortung für die weitere Entwicklung der Stadt, für die Gestaltung der Politik in dieser Stadt für die nächsten Jahre. Wir haben dabei zu berücksichtigen, daß Berlin ja nicht eine Stadt ist wie jede andere, sondern daß es eine Fülle von internationalen Verflechtungen gibt, die zu beachten sind, daß Fragestellungen der Kommunalpolitik immer auch Fragestellungen im Verhältnis zwischen Ost und West sind, daß es für Berlin eine Stabilität besonderer Art geben muß.

Ich will hier sehr deutlich sagen, daß für die Union eine Zusammenarbeit mit Republikanern oder Alternativer Liste nicht in Betracht kommt. Aber: Aus meiner Verantwortung als Vorsitzender der Partei, die nach wie vor die stärkste Kraft ist, werde ich bereit sein, werde ich auch dazu einladen, Gespräche über die künftige Entwicklung in Berlin zu führen. Damit sage ich nichts über Einzelheiten der Form der Zusammenarbeit.

## Schaden für Berlin, wenn SPD und Alternative zusammengehen

Aber ich will angesichts der Erörterungen um eine mögliche Zusammenarbeit der großen demokratischen Parteien in Berlin ein wesentliches Motiv für mich in den

Vordergrund stellen. Ich glaube, wir haben als Union eine Verantwortung dafür, daß sich die Sozialdemokratie nicht — unter Berufung auf die Union — von ihrer Zusage entbunden fühlen darf, eine Zusammenarbeit, eine Koalition mit der Alternativen Liste abzulehnen. Ich erinnere an die Aussagen des Spitzenkandidaten Momper, und ich weise darauf hin, daß die von der Alternativen Liste unbeantworteten Fragen der Einordnung Berlins in die Bundesrepublik Deutschland, der Präsenz der Schutzmächte und des Verhältnisses zur Gewalt hinreichende Begründung dafür sind, für Berlin Schaden zu befürchten, sollten SPD und Alternative Liste in einem Senat zusammenarbeiten.

Eine letzte Anmerkung: Das Wahlergebnis ist gekennzeichnet durch Stärkung an den beiden politischen Rändern und gekennzeichnet durch das Auftreten der Republikaner. Ich gehöre nicht zu denjenigen, die jetzt jedem Wähler der Republikaner Rechtsradikalismus vorwerfen. Das wäre sicherlich verkehrt. Aber die Auseinandersetzung mit dieser Partei, die Auseinandersetzung mit den Grundtendenzen der Partei, die Fremdenfeindlichkeit in den Vordergrund gestellt hat, muß in Zukunft erfolgen. Und ich sage noch einmal: Gerade die internationale Beachtung, die diese Stadt findet, macht die Situation so schwierig und begründet die Bemerkung, die ich über mögliche Formen der Zusammenarbeit im Abgeordnetenhaus gemacht habe. Wir haben in Berlin als Union eine Verantwortung, wir werden uns den neuen Herausforderungen stellen, denn im Vordergrund steht das Wohl, das Interesse der Stadt und nicht Parteiüberlegungen.

# Helmut Kohl: Wir müssen die notwendige Überzeugungsarbeit leisten

Nach Eberhard Diepgen ging auch der Bundeskanzler noch einmal auf die Ursachen und Gründe ein, die dem Berliner Wahlergebnis nach seinem und dem Urteil des Bundesvorstandes zugrunde liegen. Dabei betonte Helmut Kohl wie Diepgen die besondere Verantwortung der Partei für das Wohlergehen der Stadt und lenkte den Blick auf den 31. Dezember 1992, den Eintritt in den EG-Binnenmarkt, und auf die Anstrengungen, die bis dahin noch unternommen werden müssen, um die Bundesrepublik Deutschland für diese unmittelbar bevorstehende Zukunft „fit“ zu machen:

Wir waren uns im Parteivorstand völlig einig, daß es jetzt darum geht — und damit unterstützen wir all das, was Eberhard Diepgen gesagt hat —, die Verantwortung der CDU für Berlin auch nach der Wahlniederlage wahrzunehmen. Berlin ist nicht irgendeine Stadt. Das Wahlergebnis und die Entwicklung der kommenden Zeit werden nicht nur national, sondern international größte Beachtung finden. Die Ausstrahlungskraft von Berlin ist groß. Sie ist in den letzten Jahren — nicht zuletzt durch die vorzügliche Arbeit des Berliner Senats — gestärkt worden.

Die Tatsache, daß bei dieser Denkkettelwahl — wie sie von einem Kommentator genannt wurde — immerhin rund 20 Prozent der abgegebenen Stimmen in Gruppen rechts und links vom bisherigen Spektrum gegangen sind, ist ein Hinweis darauf, wie genau und sorgsam wir analysieren müssen, wenn wir Konsequenzen daraus ziehen wollen.

## Thema Ausländer

Bei der Diskussion, die wir heute führten, war völlig klar, daß Berliner Themen und Bonner Themen gesehen werden müssen. Beides hat mit dazu beigetragen, daß wir in Berlin so abgeschnitten haben, wie es das Wahlergebnis ausweist. Es ist unübersehbar, daß in einer besonderen Weise das Thema Ausländer, und zwar ganz breit gefächert — das umfaßt Asylanten, ausländische Gastarbeiter, und es ist sogar vermischt worden mit dem Thema Aussiedler — eine große Rolle spielte; daß mit der Angst der Menschen politische Geschäfte gemacht wurden und daß wir insgesamt nicht nur für Berlin, sondern auch für die Bundesrepublik überlegen müssen, was wir hier zu tun haben, wie wir dem entgegenwirken können.

Das Thema Ausländer, Asylanten steht nach der Berliner Wahl mit einer neuen Dringlichkeit auf der Tagesordnung. Wir werden das auch bei unseren Gesprächen hier in Bonn auf der Ebene der Regierungskoalition angehen müssen.

## Wohnungsversorgung

Das zweite, das in Berlin deutlich wurde und dringende Nacharbeit erforderlich macht, nicht nur in Berlin, sondern auch anderswo, ist die Frage der Wohnungsversorgung. Es ist zwar zutreffend, daß die Bundesrepublik Deutschland heute, das haben auch die Ergebnisse der Volkszählung gezeigt, dasjenige Land in der Welt ist, in dem die Wohnraumversorgung, besonders gut ist; aber es ist auch unübersehbar, daß bei den sozial Schwächeren unserer Bevölkerung neue Probleme auftreten. Wir werden uns diesem

Thema zuzuwenden haben; das betrifft alle Bereiche der öffentlichen Hand, das betrifft Bund, Länder und Gemeinden.

Ein weiteres Thema, das in Berlin seine Wirkung tat, sind die Folgen der Gesundheitsreform. Hier war eine gewaltige Demagogie unterwegs, hier besteht ein

**„Die Republikaner haben ihr politisches Geschäft mit der Angst der Menschen gemacht.“ Helmut Kohl**

gewaltiger Aufklärungsbedarf, auch hier haben wir viel, viel zu leisten.

Wiederum nicht nur typisch für Berlin, sondern für viele andere Universitätsstädte der Bundesrepublik Deutschland, ist die Frage: Was geschieht angesichts der steigenden Zahlen der Studenten an unseren Hochschulen? Hier sind zwar zuerst die Länder gefordert, aber in gesamtstaatlicher Verantwortung auch der Bund. Wir werden auch zu diesem Thema unsere Diskussionen zu führen haben.

In Berlin ist noch eines deutlich geworden: Daß der Erfolg unserer Politik im Bereich von Abrüstung und Entspannung, daß die Verbesserung der Beziehungen zur DDR auch eine Veränderung der Atmosphäre mit sich gebracht haben. Viele Bürger nehmen die extreme Situation Berlins nicht mehr wahr. Das muß natürlich von der Politik zur Kenntnis genommen werden.

## Keine Zusammenarbeit mit den Republikanern

Ein kurzes Wort zum Thema Republikaner: Eberhard Diepgen hat richtig gesagt — und das ist die verbindliche Position der CDU Deutschlands —, es gibt für uns keine Zusammenarbeit mit der Gruppe Republikaner, genauso wenig wie mit der

Gruppe, die sich hinter dem Begriff der AL verbirgt. Aber wir müssen zur Kenntnis nehmen — und das gilt vor allem für die Wählerschaft der Republikaner —, daß Abwanderungen auch aus unserem Bereich stattfinden. Wir müssen uns, wie das übrigens in der Geschichte der Bundesrepublik vor Jahrzehnten schon einmal der Fall war, um diese Wähler kümmern. Es ist der Auftrag an die demokratischen Parteien, Wähler aus allen Generationen, die sich in eine extreme Richtung bewegen, wieder in das Spektrum der demokratischen Parteien zurückzuführen und dafür die notwendige Überzeugungsarbeit zu leisten. Das ist ein großes Thema für uns. Hier bleibt noch sehr, sehr viel zu tun. Wir müssen dafür das Jahr 1989 und das Jahr 1990 nutzen.

## Fit machen für die Zukunft

Zusammenfassend will ich allerdings auch sagen, daß das Generalthema für uns bleibt: Die Bundesrepublik Deutschland fit machen für die Zukunft.

Ich habe eben im Parteivorstand noch einmal darauf hingewiesen, daß wir in diesem Jahr innerhalb der europäischen Gemeinschaft unter dem Vorsitz Spaniens und dann anschließend unter dem Vorsitz Frankreichs vor weiteren wichtigen Entscheidungen stehen, daß uns nicht viel Zeit bleibt, weniger als 47 Monate bis zum 31. Dezember 1992, und daß vieles von dem, was vom Wähler jetzt noch nicht verstanden, ja sogar mißverstanden wird, dem großen Ziel dienen muß und dienen wird. Ich bin davon überzeugt, daß wir fähig sind, die Führungsposition der Bundesrepublik Deutschland in Europa zu erhalten, aber die Notwendigkeit unserer Entscheidungen muß besser übergebracht werden. Hier haben wir ein großes Defizit, mit dem wir in Zukunft fertig werden müssen.

# Die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 29. Januar 1989

## Vorläufiges amtliches Endergebnis

	Abgeordnetenhaus 1989		Abgeordnetenhaus 1985	
	Stimmen	%	Stimmen	%
Wahlberechtigte	1 532 780		1 507 276	
Wahlbeteiligung	1 220 458	(79,6)	1 259 788	(83,6)
Gültige Stimmen	1 200 411		1 245 004	
	Stimmen*)	%	Stimmen*)	%
CDU	453 161	37,8	577 867	46,4
SPD	448 143	37,3	402 875	32,4
AL	141 470	11,8	132 484	10,6
FDP	47 129	3,9	105 209	8,5
DA	4 983	0,4	15 857	1,3
SEW	6 873	0,6	7 731	0,6
LD	—	—	1 429	0,1
ÖDP	8 512	0,7	163	0,0
REP	90 140	7,5	—	—
HP	—	—	—	—

\*) Zweitstimmen

## Mandatsverteilung

	Abgeordnetenhaus 1989	Abgeordnetenhaus 1985
CDU	55 (32)	69 (69)
SPD	55 (39)	48 ( 2)
AL	17 (—)	15 (—)
FDP	— (—)	12 (—)
REP	11 (—)	— (—)

in Klammern: Zahl der Direktmandate

### Abkürzungen:

- AL = Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz
- DA = Demokratische Allianz
- SEW = Sozialistische Einheitspartei Westberlins
- LD = Liberale Demokraten (nur in den Wahlkreisen Wilmersdorf 1 und Steglitz 3)
- ÖDP = Ökologisch-Demokratische Partei
- REP = Die Republikaner
- HP = Humanistische Partei (nur im Wahlkreis Neukölln 3)

## Ergebnis der Wahlen zum Abgeordnetenhaus seit 1950

Partei	1950	1954	1958	1963	1967	1971	1975	1979	1981	1985	1989
CDU	24,6	30,4	37,7	28,8	32,9	38,2	43,9	44,4	48,0	46,4	37,8
SPD	44,7	44,6	52,6	61,9	56,9	50,4	42,6	42,7	38,3	32,4	37,3
AL	—	—	—	—	—	—	—	3,7	7,2	10,6	11,8
FDP	23,0	12,8	3,8	7,9	7,1	8,5	7,1	8,1	5,6	8,5	3,9
SEW	—	2,7	1,9	1,4	2,0	2,3	1,8	1,1	0,6	0,6	0,6
REP	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7,5

## Sitzverteilung im Abgeordnetenhaus seit 1950

Partei	1950	1954	1958	1963	1967	1971	1975	1979	1981	1985	1989
CDU	34	44	55	41	47	54	69	63	65	69	55
SPD	61	64	78	89	81	73	67	61	51	48	55
AL	—	—	—	—	—	—	—	—	9	15	17
FDP	32	19	—	10	9	11	11	11	7	12	—
REP	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11
	127	127	133	140	137	138	147	135	132	144	138

## Ergebnisse der letzten Landtagswahlen in den Bundesländern

Land	letzte Wahl	Ergebnisse (in Prozent)				nächste Wahl
		CDU	SPD	GRÜNE	FDP	
Berlin	29. 1. 1989	37,8	37,3	11,8 <sup>1)</sup>	3,9	1993
Baden-Württemberg	20. 3. 1988	49,0	32,0	7,9	5,9	1992
Bayern	12. 10. 1986	55,8 <sup>2)</sup>	27,5	7,5	3,8	1990
Bremen	13. 9. 1987	23,44	50,50	10,22	10,01	1991
Hamburg	17. 5. 1987	40,5	45,0	7,0	6,5	1991
Hessen	5. 4. 1987	42,1	40,2	9,4	7,8	1991
Niedersachsen	15. 6. 1986	44,3	42,1	7,1	6,0	1990
Nordrhein-Westfalen	12. 5. 1985	36,5	52,1	4,6	6,0	1990
Rheinland-Pfalz	17. 5. 1987	45,1	38,8	5,9	7,3	1991
Saarland	10. 3. 1985	37,3	49,2	2,5	10,0	1990
Schleswig-Holstein	8. 5. 1988	33,3	54,8	2,9	4,4	1992
Bundestag	25. 1. 1987	44,3 <sup>3)</sup>	37,0	8,3	9,1	1990

1) AL

2) CSU

3) CDU/CSU

## Ergebnisse in den Wahlkreisverbänden

Wahlkreis	Diff. CDU 1985/89 in %	CDU	SPD	AL	FDP	REP
1. Tiergarten						
1989	-14,6	32,3	36,5	19,2	2,7	7,7
1985		46,9	33,5	16,8	0,0	—
2. Wedding						
1989	-12,3	31,2	44,9	10,4	2,0	9,9
1985		43,5	39,3	9,9	4,6	—
3. Kreuzberg						
1989	-10,8	27,0	34,7	27,6	1,6	7,1
1985		37,8	31,0	24,2	4,4	—
4. Charlottenburg						
1989	- 8,7	36,6	35,5	15,6	4,8	5,9
1985		45,3	29,5	14,1	9,3	—
5. Spandau						
1989	- 7,7	36,2	44,8	6,7	3,2	7,5
1985		43,9	39,8	6,2	8,3	—
6. Wilmersdorf						
1989	- 6,4	39,9	33,3	14,1	5,9	5,5
1985		46,3	26,9	12,8	12,3	—
7. Zehlendorf						
1989	- 4,1	45,2	28,6	12,1	8,1	4,3
1985		49,3	23,3	10,9	15,0	—
8. Schöneberg						
1989	- 9,3	32,5	35,0	21,0	3,8	6,1
1985		41,8	29,2	18,8	7,8	—
9. Steglitz						
1989	- 6,8	41,6	33,5	11,1	5,5	6,5
1985		48,4	28,2	10,1	11,2	—
10. Tempelhof						
1989	- 8,2	42,2	35,8	7,4	4,3	8,3
1985		50,4	31,5	6,4	9,7	—
11. Neukölln						
1989	- 9,6	39,1	38,3	9,0	2,1	9,6
1985		48,7	34,8	8,2	6,0	—
12. Reinickendorf						
1989	- 8,8	39,5	39,9	6,6	3,9	8,5
1985		48,3	34,4	5,9	9,1	—

# Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen

	1989		1985	
	%	Mandate	%	Mandate
<b>Tiergarten</b>				
CDU	31,1	15	45,8	22
SPD	35,2	17	33,0	15
AL	21,9	10	18,3	8
FDP	2,5	—	—	—
REP	8,2	3	—	—
<b>Wedding</b>				
CDU	29,0	14	41,4	20
SPD	47,5	22	43,5	21
AL	10,5	5	9,9	4
FDP	1,7	—	2,5	—
REP	9,6	4	—	—
<b>Kreuzberg</b>				
CDU	25,8	12	38,4	18
SPD	34,7	16	30,8	15
AL	28,8	14	25,5	12
FDP	1,4	—	2,4	—
REP	7,2	3	—	—
<b>Charlottenburg</b>				
CDU	35,8	17	47,7	23
SPD	35,8	17	30,4	15
AL	16,5	8	14,8	7
FDP	4,1	—	4,4	—
REP	6,0	3	—	—
<b>Spandau</b>				
CDU	28,9	14	42,5	21
SPD	55,2	26	46,0	22
AL	5,2	2	5,8	2
FDP	2,6	—	3,5	—
REP	6,7	3	—	—
<b>Wilmersdorf</b>				
CDU	39,5	20	50,9	24
SPD	31,5	15	26,9	12
AL	16,6	8	14,6	7
FDP	5,1	—	5,5	2
REP	5,7	2	—	—



	1989		1985	
	%	Mandate	%	Mandate
<b>Zehlendorf</b>				
CDU	42,8	22	54,3	27
SPD	22,8	12	21,2	10
AL	9,0	4	9,0	4
FDP	4,9	—	4,7	—
WUB*)	15,2	7	9,2	4
REP	3,9	—	—	—
<b>Schöneberg</b>				
CDU	31,5	15	43,5	22
SPD	34,1	16	29,5	14
AL	23,0	11	19,3	9
FDP	3,2	—	4,1	—
REP	6,4	3	—	—
<b>Steglitz</b>				
CDU	40,1	19	51,9	25
SPD	32,8	15	28,6	13
AL	13,1	6	11,8	5
FDP	5,2	2	5,4	2
REP	6,6	3	—	—
<b>Tempelhof</b>				
CDU	41,5	20	53,6	26
SPD	36,2	17	32,1	16
AL	8,3	4	7,4	3
FDP	3,5	—	4,4	—
REP	8,3	4	—	—
<b>Neukölln</b>				
CDU	35,7	17	48,3	24
SPD	39,3	19	36,2	17
AL	10,4	5	9,2	4
FDP	2,2	—	3,6	—
REP	10,2	4	—	—
<b>Reinickendorf</b>				
CDU	38,3	18	50,0	24
SPD	41,6	20	36,7	18
AL	7,0	3	6,3	3
FDP	3,2	—	3,9	—
REP	8,2	4	—	—

\*) Wählergemeinschaft Unabhängiger Bürger

## Kommentare

### Berliner Alarmsignal

*Das Ergebnis der Berlin-Wahl ist in vielerlei Hinsicht eine Überraschung, ein Rätsel, eine Sensation. Die Folgen sind noch gar nicht abzusehen. Am schlimmsten, ja alarmierend ist das Anwachsen der extremen Parteien am linken und am rechten Flügel. Alternative Liste und Republikaner haben zusammen rund 20 Prozent der Stimmen bekommen. Das ist noch nicht Weimar, aber es ist ein Alarmsignal — nicht nur für Berlin, sondern auch für die Politik überhaupt.*

*Wenn sich Wähler in so großer Zahl den Extremen zuwenden, dann ist das ein unmißverständlicher Hinweis darauf, daß das Vertrauen in die Parteien der Mitte und um die Mitte herum — mit Namen genannt: in die CDU, die SPD und die FDP — drastisch gesunken ist. Das kann an der wachsenden Kompliziertheit der Politik im ausgehenden 20. Jahrhundert liegen. Es gibt keine einfachen Antworten mehr, die jedermann auf Anhieb begreift. Und diese Entwicklung wird weitergehen: Die Politik wird eher noch komplizierter werden.*

Rheinische Post



### Große Koalition?

*Da die große Koalition in Berlin Tradition hat, und da Alternative Liste wie auch die neu im Parlament vertretenen rechtsradikalen Republikaner für eine Regierungsbeitragung nicht in Frage kommen sollten, liegt es nahe, daß SPD und CDU es erneut mit einer großen Koalition versuchen. Auch wenn der Entschluß dazu beide Parteien sicher eine große Überwindung kosten wird, sie haben keine große Auswahl. Ein rotgrünes Bündnis wäre zwar*

*rechnerisch möglich, politisch aber ein Fiasko.*

Westdeutsche Allgemeine Zeitung



### Auch Neuwahlen denkbar

*Es wäre völlig falsch zu meinen, die Republikaner hätten nur Zuzug von Ewiggestrigen erhalten. So viele gibt's nämlich von denen nicht mehr. Fett machte das Kraut für die Republikaner ein Protestpotential. Es ist vermutlich noch größer, als die etwa acht Prozent für die Republikaner ausweisen. Der Protest wird auch nicht nur gespeist von sogenannten Unterprivilegierten, Zulauf erhielten die Republikaner auch aus den sogenannten besseren Ständen. CDU, SPD und FDP haben dieses Protestpotential total unterschätzt. Gott sei Dank ist das westliche Deutschland stabil genug, um auch Außenseiter zu verkraften. Wer spricht heute noch von der NPD? Den Republikanern wird es nicht anders ergehen! Eine große Koalition? Sie ist populär, und in Krisenzeiten hat sie die Stadt regiert. Aber eine Krise ist in Berlin heute nicht zu meistern, im Gegenteil. Blicke eine Tolerierung einer der großen Parteien durch die andere. Dann wären Neuwahlen in absehbarer Zeit fällig. Möglich ist das. Es bleibt in Berlin hochspannend.*

Deutsches Fernsehen

### Richtigstellung

Wir sind inzwischen von verschiedenen Seiten darauf aufmerksam gemacht worden: Der Normalbürger verbraucht 125 Liter Wasser natürlich nicht während eines Jahres, wie es irrtümlich auf Seite 5 im grünen Teil der UID-Ausgabe 2/89 heißt, er verbraucht die 125 Liter Wasser täglich.

Die Redaktion

## Bundesstiftung „Mutter und Kind“

# Nordrhein-Westfalen sabotiert die Hilfe

Im Rahmen seiner Arbeit im Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit sowie in seiner Wahlkreisarbeit in Leverkusen und im Erftkreis hat Jürgen Rüttgers zahlreiche Aktivitäten im Rahmen der Aktion „Kleine Hände“ der CDU gestartet. So besuchte er unter anderem verschiedene Beratungsstellen für Schwangerschaftskonflikte und diskutierte dort mit den zuständigen Beraterinnen. Im Rahmen dieser Besuche wurde er auf die Mißstände aufmerksam und wandte sich mit den gesammelten Informationen an Generalsekretär Heiner Geißler. — Auf einer Pressekonferenz mit dem Caritasverband für die Erzdiözese Köln erklären Generalsekretär Heiner Geißler und der CDU-Bundestagsabgeordnete Jürgen Rüttgers:

Seit 1984 stehen über die Bundesstiftung „Mutter und Kind“ — Schutz des ungeborenen Lebens“ finanzielle Mittel bereit, mit denen schwangeren Frauen in Notlagen rasch und unbürokratisch geholfen werden kann. Keine Frau soll allein deswegen, weil sie ein Kind bekommt, in eine soziale Notlage geraten und deshalb in Erwägung ziehen, eine Schwangerschaft abbrechen zu lassen. Bis Ende 1987 konnten insgesamt 275 Millionen Mark an Bundesmitteln vergeben werden. In den CDU-geführten Bundesländern stehen zusätzliche Mittel aus Landesstiftungen zur Verfügung.

Aus Gründen, die niemand nachvollziehen kann, lehnt die SPD die Bundesstiftung ebenso ab wie die Einrichtung landeseigener Stiftungen. Frauen in Not haben in SPD-regierten Ländern deutlich weniger

Chancen, für ihre Probleme Hilfe zu finden.

Niemand kann leugnen, daß es für die Stiftung „Mutter und Kind“ einen echten Bedarf gibt: Alleine in Nordrhein-Westfalen stieg die Zahl der bewilligten Anträge auf Mittel der Bundesstiftung von 2.600 auf inzwischen 24.100; das entspricht einer Steigerung um das Zehnfache!

So offenkundig der Bedarf an kompetenter Beratung und finanzieller Hilfe ist, so unerklärlich ist die Politik der nordrhein-westfälischen Landesregierung: Das Land fördert im wesentlichen nur die Beratungsstellen der Arbeiterwohlfahrt und von Pro Familia. Beide Organisationen lehnen es kategorisch ab, die Mittel der Bundesstiftung in ihre Beratungstätigkeit einzubeziehen.

## Unhaltbare Situation in NRW

So können sich hilfeschuchende Frauen, die Mittel aus der Bundesstiftung beantragen wollen, nur an die konfessionellen und — soweit sie bestehen — an kommunale Beratungsstellen wenden. Sie sind es, die fast ausschließlich den um das Zehnfache angestiegenen Beratungsbedarf auffangen müssen, ohne dabei vom Land direkte Fördermittel erhalten zu können.

Inzwischen ist in Nordrhein-Westfalen eine unhaltbare Situation eingetreten:

■ Beratungsstellen, die keine Indikationen für einen Schwangerschaftsabbruch stellen, wohl aber finanzielle Mittel vergeben, die die Fortsetzung einer Schwangerschaft erleichtern, erhalten vom Land keine direkten Fördermittel.

■ Beratungsstellen, in denen von Ärzten zwar Indikationen für den Abbruch einer Schwangerschaft ausgestellt, aber keine finanziellen Hilfen der Bundesstiftung vermittelt werden, erhalten aus dem Landeshaushalt Unterstützung.

■ Inzwischen liegt ein Entwurf der SPD-Landesregierung für eine Förderung von Beratungsstellen vor, der aber eine Gleichstellung aller Beratungsstellen nicht vorsieht. Denn Beratungsstellen, die keinen Arzt beschäftigen, der Indikationen stellt, sollen nach diesem Entwurf in Zukunft nur einen Personalkostenschuß von 50 Prozent für eine Beraterstelle erhalten, während die anderen Beratungsstellen mit indizierendem Arzt eine Förderung von 80 Prozent für 1½ Stellen erhalten sollen.

Diese ungleichgewichtige Förderung von Arbeiterwohlfahrt und Pro Familia erfolgt bewußt und gezielt. In einer vom Vorstand der SPD herausgegebenen Broschüre heißt es: „Konfessionelle Beratungsstellen arbeiten eher auf das Ziel hin, eine Schwangerschaft fortzusetzen, als solche von Pro Familia und Arbeiterwohlfahrt.“

## Für Frauen in Not hat Rau kein Geld

Wenn Nordrhein-Westfalen diese beiden Organisationen schwerpunktmäßig fördert, dann wird in diesem Bundesland schwerpunktmäßig der Schwangerschaftsabbruch begünstigt. Für Frauen in Not, die Hilfe für ihr ungeborenes Kind suchen, hat Ministerpräsident Rau dagegen kein Geld. Er scheint nicht zu wissen, wie es in den Beratungsstellen seines Landes zugeht:

■ Das Gesundheitsamt der Stadt Köln hatte bereits im April 1988 alle Mittel ausgegeben, weil der Bedarf sehr hoch war. Unbürokratisch wurden weitere Gel-

„Die Haltung der nordrhein-westfälischen Regierung und der SPD-Landtagsmehrheit der Bundesstiftung Mutter und Kind sowie den kirchlichen Schwangeren-Beratungsstellen gegenüber ist ein sozialpolitischer Skandal ersten Ranges.“

Generalsekretär Heiner Geißler

der aus Bundesmitteln zur Verfügung gestellt.

■ Eine Beratungsinstitution in Köln konnte von Oktober 1987 bis zum Ende des Jahres wegen Überlastung keine neuen Beratungstermine zur Vergabe der Bundesstiftungsmittel mehr vergeben. In 1988 erging es dieser Beratungsinstitution ähnlich wie dem SKF:

■ Beim Sozialdienst Katholischer Frauen in Köln konnten im vergangenen Jahr zur Vergabe der Stiftungsmittel wegen Personalüberlastung monatlich bis zu 349 schwangere Frauen, die in wirtschaftlicher Not waren, keinen Beratungstermin mehr erhalten.

Wir fordern Ministerpräsident Johannes Rau auf, diesen offensichtlich ideologisch motivierten Skandal zu beenden. Die Zahlen belegen, daß durch die Hilfen der Bundesstiftung Frauen in Not offenkundig gezielt geholfen werden kann. Die Förderpolitik der Landesregierung gegenüber den Beratungsstellen, die diese Hilfen vermitteln, ist in eklatanter Weise gegen die Interessen von Frauen gerichtet.

Erforderlich ist vor allem die sofortige Einbeziehung auch kirchlicher Beratungsstellen in die direkte Förderung aus Landesmitteln ohne die sachfremde Auflage, einen Arzt zu beschäftigen, der auch Indikationen stellt. Sachgerecht wäre vor

allem die Auflage, daß Landesmittel nur dort zum Einsatz kommen dürfen, wo auch die Mittel der Stiftung „Mutter und Kind“ in die Beratung einbezogen werden. Darüber hinaus muß Ministerpräsident Rau erklären, warum er es ablehnt, eine Landesstiftung für Frauen in Not einzurichten.

## Aktion „Ja zum Leben“

Die CDU Nordrhein-Westfalen unter ihrem Vorsitzenden Norbert Blüm hat seit einem Jahr mit der landesweiten Aktion „Ja zum Leben“ eine intensive Überzeugungsarbeit zum Schutz ungeborener Kinder geleistet. In jedem Kreisverband der NRW-CDU steht inzwischen ein Ansprechpartner zur Verfügung, der Frauen und Männern, die von einem Schwangerschaftskonflikt betroffen sind, konkrete Hilfen unbürokratisch anbieten kann. Daß dieses Angebot inzwischen in unerwartet hohem Maß angenommen wird, beweist, daß die Landesregierung blind für die Probleme der Bürger ist.

## Entlastung der Hochschulen?

*„Lamentieren hilft nicht weiter, schon gar nicht das Lamentieren darüber, daß viele junge Leute Abitur machen und dann studieren und daß sie nicht mehr auf die Hauptschule gehen und sich berufspraktischen Tätigkeiten zuwenden, zumal viele der Lamentierenden in der Diskussion nach dem Motto vorgehen (ich zitiere unseren und meinen alten Freund Werner Remmers): Auf die Hochschule gehören nur die begabtesten — und meine eigenen Kinder.“*

Aus der Ansprache des rheinland-pfälzischen Kultusministers, Georg Gölder, anläßlich der Übernahme der Präsidentschaft der Kultusministerkonferenz

## Verkehrte Welt

Die Grünen haben einen alten politischen Hut wiederentdeckt: Polizisten sollen Namensschilder tragen. Man muß sich einmal vor Augen führen: Diejenigen, denen Gewaltdemonstrationen nicht verumumt genug herumlaufen können, fordern die namentliche Kennzeichnung derjenigen, die die Friedlichkeit einer Demonstration sicherstellen wollen.

## Paragraph 218 StGB

### Was der stern mutig nennt...

**In der jüngsten Ausgabe des stern wiederholen bekannte Politiker und Prominente, darunter führende Repräsentanten der SPD, auch Mitglieder des Deutschen Bundestages, das aufsehenerregende Bekenntnis aus dem Jahr 1971: „Wir haben abgetrieben“. Prominente SPD-Abgeordnete rühmen sich einer Beteiligung an Abtreibungen.**

Zu dieser Unterschriftenaktion gegen den geltenden § 218 StGB erklärt die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Roswitha Verhülshaus**: Was der stern „mutig“ nennt, das nenne ich menschenverachtend. Es ist kaum zu begreifen, mit wieviel Anmaßung sich Menschen zum Herrn über Leben und Tod aufspielen; darunter zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die mit der gleichen Vehemenz für das Lebensrecht jedes Robbenbabys oder jeder kleinen Katze eintreten. Daß sich auch noch Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion für eine solche Kampagne hergeben, zeigt wieder einmal, wie es die SPD mit dem Schutz des ungeborenen Lebens hält.

## Deutsch-Französisches Jugendwerk

### **Gert Hammer neuer Generalsekretär**

In Anwesenheit ihres französischen Amtskollegen Roger Bambuck hat Bundesjugendministerin Ursula Lehr den bisherigen Generalsekretär des Deutsch-Französischen Jugendwerks, Daniel Groskolas, verabschiedet und den neuen Generalsekretär, Gert Hammer, sowie dessen Stellvertreter, Jean-Claude Routier, ins Amt eingeführt.

Bei dieser Gelegenheit zog die Ministerin Bilanz: In über 6.000 Programmen haben seit dem 5. Juli 1963 ca. 150.000 französische und deutsche Schüler, Studenten und junge Berufstätige gemeinsame Erfahrungen gemacht und Einblicke in die Lebensweise des Partnerlandes gewonnen.

Ursula Lehr: „Das Deutsch-Französische Jugendwerk hat mit seinem eigenständigen Profil und dem von ihm geschaffenen Netz vielfältiger institutioneller Verbindungen zwischen Jugendverbänden und Fachorganisationen, Schulen und Hochschulen, Kommunen und Regionen, Handwerkskammern und Betrieben eine unverzichtbare Rolle gespielt und wird dies auch in Zukunft nicht zuletzt vor dem Hintergrund des gemeinsamen Europäischen Binnenmarktes ab 1993 spielen.“

---

*Gert Hammer war, bevor er 1984 stellvertretender Generalsekretär des Deutsch-Französischen Jugendwerkes wurde, Abteilungsleiter Innenpolitik in der CDU-Bundgeschäftsstelle.*

---

## Bundesgerichtshof **Ehrenschutz für Soldaten bekräftigt**

Der erste Strafsenat des Bundesgerichtshofs (BGH) in Karlsruhe hat entschieden: Wegen Beleidigung macht sich strafbar, wer Bundeswehrsoldaten als Mörder bezeichnet. Derartige Vergleiche sind durch das Grundrecht der Meinungsfreiheit nicht gedeckt und überschreiten die Grenzen des Ehrenschutzes.

Friedrich-Adolf Jahn, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz, erklärte dazu: Ich begrüße die Entscheidung des Bundesgerichtshofs zur Schmähkritik gegen Soldaten. Sie stellt

---

**„Unsere Soldaten stehen auch für die Freiheit derjenigen ein, die die Bundeswehr kritisieren.“**

---

die Ehre unserer Soldaten wieder her und unterstreicht die rechtliche und ethische Legitimation der Bundeswehr. Es wäre unerträglich, wenn man die Angehörigen der Bundeswehr ungestraft mit Henkern oder Mördern vergleichen dürfte.

Unsere Soldaten sind dazu verpflichtet, für die rechtsstaatliche Ordnung unseres Staates einzutreten und sie notfalls unter Einsatz ihres Lebens zu verteidigen. Sie sind damit Garanten der Meinungsfreiheit jedes einzelnen. Sie stehen somit auch für die Freiheit derjenigen ein, die gegenüber der Bundeswehr kritisch eingestellt sind und ihre Kritik nach außen im Rahmen der Gesetze artikulieren.

Ich gehe davon aus, daß dieses Urteil Folgewirkung für die noch anhängigen Strafverfahren hat, in denen vergleichbare Ehrabschneidungen zur Entscheidung anstehen.

# Rita Süßmuth: Das Parlament ist eine offene Werkstatt der Demokratie

„Ich verstehe das Parlament als eine Werkstatt, in der Demokratie nicht wie auf einer Schaubühne präsentiert, sondern miteinander erarbeitet wird.“ Mit diesen Worten begann Rita Süßmuth ihre viel beachtete Antrittsrede als Bundestagspräsidentin vor den Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Und am Ende ihrer Rede wiederholte sie das Bild von der Werkstatt, das von allen Berichterstattern aufgegriffen wurde, und malte es detailliert weiter aus:

Wenn ich mein Parlamentsverständnis einleitend in den Gegensatz von Schaubühne und Werkstatt gefaßt habe, so möchte ich auch mit dem Bild vom Parlament als einer Werkstatt der Demokratie schließen. Ich stelle mir dabei eine offene Werkstatt vor, in die die Menschen hin-

*„Das Wort von der Werkstatt, darüber waren sich die Beobachter einig, hat gute Chancen, in den politischen Sprachschatz einzugehen.“*

**Kölnische Rundschau, 20. 1. 1989**

einsehen können, in der deutlich wird, woran gerade gearbeitet wird und aus welchen Gründen. Es ist eine Werkstatt, in der an verschiedenen Plätzen und mit unterschiedlichen Aufgaben an denselben Werkstücken miteinander gearbeitet wird, in der mit Kreativität neue Entwürfe entstehen wie auch mit fachmännischer Routine Reparaturen durchgeführt werden, eine Werkstatt also, an die sich Menschen mit Anfragen und Aufträgen gerne wenden, weil sie zu ihr Vertrauen haben. Vielleicht haben wir uns in der

Vergangenheit doch ein wenig zu sehr dem effizienten, durchrationalisierten Großbetrieb mit Serienfertigung, Schichtbetrieb und Stechuhr genähert, einem Betrieb, dessen Leistung man zwar respektiert, zu dem man sich aber nicht unbedingt hingezogen fühlt.

Wenn wir alle miteinander in diesem Sinne stärker parlamentarische Mittstands-förderung betreiben, ist mir um das Ansehen dieses Hauses nicht bange.

## Neue Kindergeld-Broschüre vorgestellt

Kindergeld erhalten heute rund 7,5 Millionen Familien mit 12,4 Millionen Kindern. Auf diese verteilt sich ein Kindergeld in Höhe von insgesamt rund 14 Milliarden DM. Das Kindergeld ist damit vom finanziellen Volumen her die wichtigste staatliche Leistung für Familien.

In dem jetzt gemeinsam von der Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit und der Bundesanstalt für Arbeit herausgegebenen Heft „Das Kindergeld“ werden die wichtigsten Einzelheiten des geltenden Kindergeldrechts leicht verständlich dargestellt. Es soll Familien einen Überblick über ihre Ansprüche geben.

**Dieses Informationsheft ist im Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit oder beim zuständigen Arbeitsamt kostenlos erhältlich.**

Aus dem Jahreswirtschaftsbericht 1989:

# Mit Sozialer Marktwirtschaft den europäischen Binnenmarkt vollenden

**Auch weiterhin sieht es die Bundesregierung als zentrale Aufgabe der Wirtschaftspolitik an, für gute Angebotsbedingungen zu sorgen. Vor allem kommt es darauf an, sich auf die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft zu besinnen, verlässliche und widerspruchsfreie Rahmenbedingungen zu setzen, den Wettbewerb zu sichern und bürokratische Hemmnisse abzubauen.**

Die Chancen des europäischen Binnenmarktes können nur dann in vollem Maße wirksam werden, wenn sowohl die Wirtschaftspolitik als auch Unternehmen, Sozialpartner und Verbraucher auf die neuen Gegebenheiten aktiv und flexibel reagieren und sich auf die Dimension eines Binnenmarktes von 320 Millionen Bürgern einstellen. In diesem Zusammenhang wendet sich die Bundesregierung gegen Tendenzen zu bürokratischen Überregulierungen. Vielmehr bleibt der Wettbewerb der beste Koordinator der Vielfalt in Europa. Deshalb betrachtet die Bundesregierung eine wettbewerbliche Ordnungspolitik als eines der wesentlichen Elemente des gemeinsamen Binnenmarktes.

Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung wird die Rahmenbedingungen für ein dynamisches Wachstum bei Stabilität weiter verbessern; denn dies ist das wirkungsvollste Mittel, die Stellung der deutschen Wirtschaft in einem offenen, europäischen Wettbewerb zu stärken. Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß die deutsche Wirtschaft gut gerüstet in den großen Binnenmarkt geht. Dazu tra-

gen vor allem die gut entwickelte Infrastruktur, das hohe Ausbildungsniveau und der Bildungsstand der Bürger sowie unser offenes und freies Gesellschaftssystem bei Sozialer Frieden, ein hoher sozialer Konsens und soziale Stabilität sind weitere Stärken der Bundesrepublik Deutschland.

## Abgaben verringern

**Die Bundesregierung sieht jedoch auch, daß es mehr Innovationen und mehr Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen auf Dauer nur geben kann, wenn die Abgaben spürbar verringert werden.** Insbesondere die Steuerpolitik der nächsten Jahre steht vor der Herausforderung, durch die weitere Stärkung der Investitions- und Innovationskraft der Unternehmen die Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Produktionsstandortes Bundesrepublik Deutschland auch in den 90er Jahren zu sichern und die Basis für höhere Beschäftigung zu verbreitern. Die steuerpolitische Entwicklung bei wichtigen Handelspartnern kann dabei nicht unbeachtet bleiben, weil die Bundesrepublik Deutschland im Wettbewerb der Steuersysteme bestehen muß. Unsere wichtigsten Handelspartner haben in den letzten Jahren teilweise recht umfangreiche steuerliche Entlastungen für ihre Unternehmen vorgenommen.

Die deutsche Steuerpolitik muß infolgedessen dazu beitragen, daß unsere Unternehmen mit ihren Arbeitsplätzen in diesem Wettbewerb bestehen und die durch den gemeinsamen Markt gebotenen Chancen voll nutzen können.

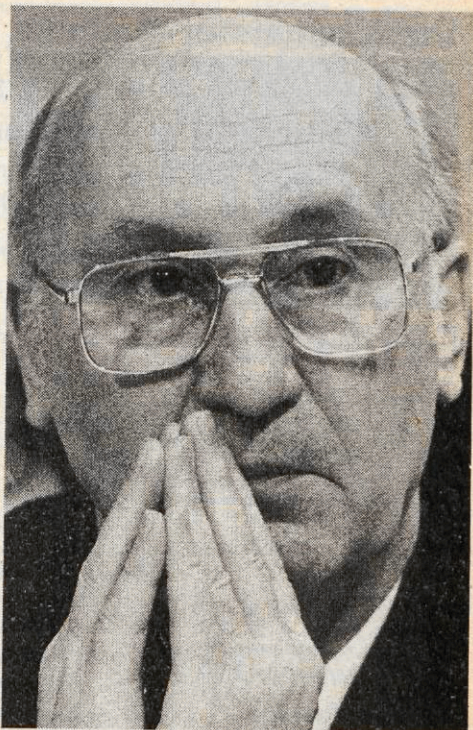


**Hans Katzer wurde 70**

## Helmut Kohl würdigte den engagierten Sozialpolitiker

Hans Katzer, ehemaliger Bundesarbeitsminister und CDA-Vorsitzender, stand am Dienstag, dem 31. Januar 1989 im Mittelpunkt zahlreicher Ehrungen. Anlaß war sein 70. Geburtstag. CDU und CDA hatten zu einem Empfang ins Adam-Stegerwald-Haus in Königswinter eingeladen.

Der Parteivorsitzende Helmut Kohl begrüßte unter den zahlreich erschienenen Ehrengästen u. a. Rita Süßmuth, die Präsidentin des Deutschen Bundestages, und Karl Carstens, den ehemaligen Bundespräsidenten. Helmut Kohl würdigte in sehr persönlichen Worten die Verdienste Katzers, die dieser sich um den Aufbau der CDU und der Sozialausschüsse besonders in den Nachkriegsjahren erworben habe. Er dankte dem Jubilar für sein soziales Engagement, aber auch für seine mannigfachen Bemühungen um



die deutsche Wiedervereinigung. Kohl erwähnte hier die Verdienste von Jakob Kaiser, denen sich Hans Katzer in besonderer Weise verpflichtet fühlt.

## Arbeitsplätze

### NRW gibt wieder einmal ein schlechtes Beispiel

Um 3,1 Prozent hat die SPD-Landesregierung von Nordrhein-Westfalen unter Ministerpräsident Rau ihre Ausgaben für Bauinvestitionen in diesem Jahr verringert. Dagegen steigen 1989 die investiven Ausgaben aller Bundesländer für Baumaßnahmen auf über 7,8 Milliarden DM und liegen damit deutlich über dem Vorjahresniveau. Im einzelnen hat Hessen

seine Bauinvestitionen um 11,3 Prozent gesteigert, Bayern um 7,2 Prozent und Baden-Württemberg um 6,9 Prozent.

Nordrhein-Westfalen gibt wieder einmal ein schlechtes Beispiel: Die Landesregierung redet immer wieder von neuen Arbeitsplätzen, in der täglichen Praxis gefährdet sie dann aber die vorhandenen Arbeitsplätze, weil sie das notwendige Geld für andere Zwecke verwendet. Dabei hat die CDU/CSU-FDP-Bundesregierung unter Helmut Kohl durch das Strukturhilfegesetz gerade NRW besonders geholfen. 750 Mio. DM stellt der Bund jährlich in den nächsten 10 Jahren dem Land NRW zur Verfügung.

## Die Baumeister-Medaille



Symbol für den Wiederaufbau. Gewidmet den „Baumeistern“ der Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Kurt-Georg Kiesinger und Helmut Kohl. Zur Erinnerung an 40 Jahre Deutsche Mark und an das 40-jährige Bestehen der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1989.

In spiegelglanzgeprägtem Feinsilber 999, 40mm Durchmesser, ca. 26 Gramm, einschließlich Etui und Mehrwertsteuer, zuzüglich Versandkosten, DM 80,-.

In Bronze, patiniert und anlaufgeschützt, im passenden Etui, inklusive Mehrwertsteuer in der Ausführung 40 mm Durchmesser DM 16,50, in der Ausführung 50 mm Durchmesser DM 19,80, jeweils zuzüglich Versandkosten.

## Die Kanzler-Medaille



mit den Portraits von Helmut Kohl auf der einen und Konrad Adenauer auf der anderen Seite in Feinsilber 999, ca. 26 Gramm, 40 mm Durchmesser, oxydiert, handpatiniert und anlaufgeschützt, im Etui, zum Preis von DM 98,80 einschließlich Mehrwertsteuer, zuzüglich Versandkosten.

In Bronze, geprägt aus einem 3 mm starken Messingrohling, handpatiniert, anlaufgeschützt, 50 mm Durchmesser, im Etui, inklusive Mehrwertsteuer DM 19,80, zuzüglich Versandkosten.

Als Geschenk zu vielen Anlässen,  
zum Sammeln, zur Ehrung von Jubilaren und Mitgliedern.



Ihre Bestellung richten Sie bitte an:

**Bonner Werbe GmbH,**  
Abt. Vertrieb,  
Konrad-Adenauer-Haus,  
Postfach 2449,  
5300 Bonn 1,  
Telefon 02 28-54 42 51.

### Hiermit bestelle ich:

- ..... Ex Baumeister-Medaille in Silber  
à DM 80,-
- ..... Ex Baumeister-Medaille in Bronze  
40 mm Ø à DM 16,50
- ..... Ex Baumeister-Medaille in Bronze  
50 mm Ø à DM 19,80
- ..... Ex Kanzler-Medaille in Silber  
à DM 98,80
- ..... Ex Kanzler-Medaille in Bronze  
à DM 19,80

alle Medaillen einschließlich Etui.  
Preise inklusive Mehrwertsteuer zuzüglich  
Versandkosten

- Ich bezahle nach Erhalt der Rechnung
- Den Gesamtpreis können Sie einschließlich  
der Versandkosten von meinem unten angege-  
benen Konto abbuchen. Der Bankbeleg ist gleich-  
zeitig mein Rechnungsbeleg.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Bank

BLZ

Kontonummer

Datum

Unterschrift

## TERMINE

8. 2. KPV-Bund  
Kommission „Innerdeutsche Städte-  
partnerschaften“, Bonn
9. 2. LV Braunschweig  
Landesvorstand, Braunschweig
10. 2. KPV-Bund  
Fachausschuß „Europa u. Intern.  
Fragen“, Bonn
- 10./11. 2. EAK-Bund  
Akademietagung „Wieviel Ordnung  
braucht der Mensch?“, Mülheim/Ev.  
Akademie
- 10./12. 2. CDA Bundesvorstand  
Junge Arbeitnehmerschaft, Königs-  
winter
- 10./12. 2. EAK-Bund  
Akademietagung „Was heißt  
sozial?“, Speyer/Ev. Akademie
11. 2. LV Schleswig-Holstein  
Landesausschuß, Bad Segeberg
13. 2. CDU-Präsidium  
Sitzung, Bonn
13. 2. CDU-Bundesvorstand  
Sitzung, Bonn
14. 2. LV Schleswig-Holstein  
Regionalkonferenz mit Heiner Geiß-  
ler, Kiel
16. 2. Senioren Union NRW  
Vorstand, Düsseldorf
17. 2. BV Ruhrgebiet  
„Europa und das Ruhrgebiet“, Bot-  
trop

# Riesenluftballons

jetzt im IS-Versandzentrum erhältlich

Die Ballons mit einem Umfang von 2,5 m sind durch ihre Größe ein direkter Blickfang bei jeder Veranstaltung. Die Ballons werben mit dem schon von den kleinen Ballons bekannten Europa-Druck.

Mindestabnahme: 10 Stück, Preis je Mindestabnahme: 119,— DM,  
Bestell-Nr.: 9113

**Neu im Angebot**

## Argumente für Europa

Für Ihre Argumentation im Europawahlkampf stehen noch die folgenden aktuellen UID-Dokumentationen zur Verfügung:

● **„In Europa sind wir Vorreiter im Umweltschutz“**

Mindestabnahme: 50 Exemplare  
Preis pro Mindestabnahme: 10,— DM  
Bestell-Nr.: 5135

● **„Mit Forschung die Zukunft gewinnen“**

Mindestabnahme: 50 Exemplare  
Preis pro Mindestabnahme: 10,— DM  
Bestell-Nr.: 5129

● **„Europäischer Binnenmarkt 1992 — Herausforderung und Chance“**

Mindestabnahme: 50 Exemplare  
Preis pro Mindestabnahme: 10,— DM  
Bestell-Nr.: 5123

Alle Preise zuzüglich MwSt.

Bestellungen richten Sie bitte an das

**IS-Versandzentrum,  
Postfach 1328,  
4804 Versmold**



## Wieder im Angebot

**Der Lederfußball.** Jetzt mit Europa-Druck. Die handgenähten Bälle aus Barex-Spezialleder sind zugelassen nach der FIFA-Wettkampfnorm und haben die Qualifikation „hartplatzfest“.

Mindestabnahme: 1 Ball  
Preis je Mindestabnahme: 44,— DM  
Bestell-Nr.: 9111

Alle Preise inkl. Versand zuzügl. MwSt.

Bestellungen an:

**IS-Versandzentrum  
Postfach 1328  
4804 Versmold**

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1

## Große Verteilaktion

Gerade nach der Wahl in Berlin kommt einer breiten Verteilung aktueller CDU-Argumente besondere Bedeutung zu.

Das neue aktuelle CDU extra als Teil unserer Informationskampagne zur Halbzeitbilanz wird deshalb auch ausführlich auf die durch die Berliner Wahl in den Vordergrund gerückten Themen wie zum Beispiel Ausländer, Wohnungsbau und Gesundheitsreform eingehen.

Das neue CDU extra wird für die Verteilung rechtzeitig ab 11. Februar zur Verfügung stehen.



## Taschenlexikon

Erfolgreiche Halbzeitbilanz der Regierung Helmut Kohl  
Deutschland liegt gut im Rennen!

# Gesundheitsreform

von A bis Z

Die Krankenversicherung bleibt bezahlbar

Die Vorsorge wird verstärkt

Die Pflege wird anerkannt



Mindestabnahme: 50 Exemplare  
Preis pro Mindestabnahme: 15,— DM  
Bestell-Nr.: 5126

# UID

4/89

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. Vertrieb: Telefon (02 28) 544-421. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lühje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Herstellung: VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.